

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Rechtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 36.

Donnerstag, 12. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 Spalten 1. Klasse 10 Mark, 4. Klasse 6 Mark. Sonstige Preise nach Vereinbarung. Die 2. Klasse 100 Gold-Pfennige; Zeitraumbesitz und tabellarischer Satz 50%; Kassa- und Postzuschlag, feste Tarife. Vermittlung: Riesa, Riesaer Zeitung. Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Vor der Ueberreichung des Kontrollberichtes.

SPD. Berlin, 12. Februar. Seit nahezu 14 Tagen wird die Ueberreichung des endgültigen Berichtes der interalliierten Kontrollkommission angekündigt. Immer wieder trat eine Verzögerung ein, da die Regierungen in London und Paris offensichtlich immer neue Rückfragen an die Kontrollkommission richteten, weil es ihnen jetzt darauf ankommt, den Beweis für die gegen Deutschland in der Entwaffnungsfrage erhobenen Beschuldigungen zu erbringen. Dabei sind die praktischen Kontrollmaßnahmen namentlich schon seit einer Woche eingestellt, sodass man in den Berliner Regierungskreisen nicht ganz einsehlich, aus welchem Grunde der Bericht noch nicht übergeben worden ist. Der amtliche englische Botschafter kündigte jedoch an, dass das Dokument nach in dieser Woche übergeben werden soll. Die Vorsitzenden der Kontrollkommission haben im Begriff, Berlin zu verlassen, um sich zu der interalliierten Militärkonferenz in Versailles einzufinden. Gleichzeitig dürften die alliierten Regierungen in entscheidende Verhandlungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen eintreten. Mit einer Veröffentlichung des Berichtes wird man auch den in Berlin vorliegenden Mitteilungen kann vor Ende des Monats rechnen können. Genauso unwahrscheinlich ist es, dass vor dem 21. Februar die endgültige Mitteilung der Alliierten an Deutschland erfolgt.

Inzwischen sind einige englische und französische Zeitungen in der Lage gewesen, bereits die Hauptpunkte der Anschuldigungen gegen Deutschland in ziemlich übereinstimmender Form mitzuteilen. Wenn diese Mitteilungen zutreffen, so würde es sich um längst bekannte und von Deutschland bereits wiederholt widerlegte Behauptungen handeln, wonach angeblich ein System der Ausbildung von Reservisten für die Reichswehr in Deutschland errichtet worden sei, und wonach die deutsche Schutzpolizei eine militärische Organisation darstelle. Auch die Vorwürfe gegen Arsen und andere Fabriken sollen wiederholt werden. Wir glauben zu wissen, dass man in den Berliner Regierungskreisen dem Bericht der Kontrollkommission ohne jede Beunruhigung entgegen sehen kann, denn man hat in Berlin feste Anhaltspunkte dafür, dass es mit der von Deutschland verlangten Beweisführung der Kontrollkommission außerordentlich schlecht bestellt ist. Trotzdem wird die deutsche Regierung entsprechend den Ankündigungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther in eine sorgfältige Prüfung der gegen Deutschland einlaufenden Vorwürfe eintreten, und dafür Sorge tragen, dass die etwa vorhandenen Unstimmigkeiten rasche Klärung finden.

Für die weitere Entwicklung der Dinge wird der Umstand von größter Wichtigkeit sein, ob die alliierten Regierungen etwa die Befugnis widerholten sollten, dass die Abrüstung Deutschlands noch nicht durchgeführt sei. Dem gegenüber würde das Reichskabinett unbedingt den Standpunkt einnehmen, dass Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag erfüllt hat, und dass ein gegenseitiger Beweis einsehlich nicht zu erbringen sein wird. Weiterhin wird es darauf ankommen, welche praktische Schlussfolgerungen überhaupt aus dem Bericht der Kontrollkommission gezogen werden sollen. Die Reichsregierung würde unter allen Umständen beanspruchen, dass auf dem Verhandlungswege eine Klärung geschaffen wird, und von einem einseitigen Diktat gegen Deutschland Abstand genommen werden muss. Einige Beachtung verdient auch die Iobben in Genf beendete Beratung der ständigen Militärkommission des Völkerbundes, die sich mit der Frage der Rüstungskontrolle beschäftigt hat, und die wahrscheinlich schon jetzt gewisse Pläne für die Durchführung der Völkerbund-Ueberwachung gegenüber Deutschland entworfen haben dürfte. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass das Ergebnis dieser Beratungen auf die Entscheidung der Entente-Mächte einen starken Einfluss ausüben wird.

## Gespensfertanz in Leipzig.

(Verhandlungsbericht siehe Beilage.)

Nach sehr umfangreichen, langwierigen und zum Teil recht schwierigen Untersuchungen und Erhebungen hat in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof die Verhandlung über die gegen Leben und Sicherheit anderer Staaten geplante Verschönerung begonnen, deren Fäden von Moskau über die russische Botschaft nach Dresden, Thüringen und Süddeutschland verlaufen. Wie ein Gespenstertanz aus vergangener Zeit mutet uns heute an, was vor einem guten Jahre noch jeder Zeit über Nacht hätte grauenhafte Wirklichkeit werden können. Es lag nahe, dass die Moskauer Vorleser der in Deutschland durchweg wenig ernst zunehmenden „Weltrevolutionäre“ angesichts der Hochflut der Inflation die Zeit zum Handeln für gekommen hielten. Jeder Tag raubte Hunderttausenden deutschen Menschen die Lebensgrundlagen und schränkte den Lebensstand weiterer Millionen unermesslich ein. Ein Gefühl der Verzweiflung, eine Stimmung „es muß etwas geschehen“, beherzte die Massen. In Thüringen und Sachsen schien von innen heraus die Mätereipolitik heranzureifen. In Dresden sahen Kommunisten in den Ministerien. So gab es denn fieberhafte Arbeit für das „Revko“, das Revolutionskomitee der SPD, in welchem deutsche Kommunisten mit russischen Sozialisten zusammenwirkten.

Aus dem Gesamtmaterial, das in Leipzig ausgebreitet wird, hebt sich vorläufig die Wirksamkeit der T-Gruppe, der Terrorgruppe, besonders heraus. Der Angeklagte Neumann, der mit wichtigen Aufgaben betraut worden ist, und im besonderen die Geldbesorgungen bei der Kasse der russischen Botschaft verhandelt, ist in der weiten Umgebung gefänglich. Diese Tatsache ist den Kommunisten mehr als bekannt. Seit Wochen bereits ist die „Note

## Eine heftige Schlagwetter-Explosion.

84 tote Bergleute geborgen.

Dortmund. (Funkpruch.) Im Südostrfeld der Zeche Minister Stein Schacht 3 ist gestern 8,10 Uhr abends eine Schlagwetterexplosion erfolgt. Diese Explosion hat einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen. Die Strecken sowohl auf der dritten wie zweiten und ersten Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingeleiteten Rettungsmannschaften versuchten die Brüche zu durcharbeiten, um an die hinter den Brüchen in zwei Reihen arbeitenden Leute heranzukommen. Nur vereinzelte Leute sind gleich nach der Explosion noch lebendutage gekommen. Es ist mit dem

### Verlust von über 100 Bergleuten

zu rechnen, zumal in den Betrieben hinter den Brüchen infolge der völlig gehörten Wetterzufuhr die Gase nicht in dem erforderlichen Maße abziehen können. Die Veranlassung der Explosion ist noch dunkel. Darüber werden erst Angaben gemacht werden können, wenn die Brüche ausgedämmt sein werden und die Bergleute Auskunft geben können.

Bis heute morgen 4 Uhr waren 30 Tote geborgen, außerdem 8 lebende Bergleute. Nach dem bisherigen Befund hat eine große Anzahl Bergleute den Tod auf der Flucht gefunden. Verschiedene Arbeitsstätten wurden von der Explosion unberührt vorgefunden. Die Kaffeekannen der Bergleute standen noch, ohne dass sie umgestürzt waren, auf den Gehäusen. Die Bergleute waren aber nicht mehr an diesen Betriebspunkten. Sie waren gestücht, und allem Anschein nach haben sie in den Gassen ihren Tod gefunden. Eine große Anzahl von Bergleuten ist ohne äußere Verletzungen tot ausgefunden worden.

Dortmund. (Funkpruch.) Von zuständiger Stelle wird uns zu dem Unglück auf Schacht 3 der Zeche „Minister Stein“ noch mitgeteilt: Die Gesamtzahl der durch die außerordentlich starke Explosion, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist, betroffenen Bergleute beträgt 137. Acht konnten unmittelbar nach der Explosion noch lebend geborgen werden und sind wahrscheinlich außer Lebensgefahr. Bis heute früh 9 Uhr waren 36 Tote geborgen. 93 Berg-

leute werden vermisst und sind durch die Kohlenmassen abgegraben. Obgleich die eigene Rettungsmannschaft sowie die Rettungsmannschaften der Nachbarzechen Weisenau, Victor, Schenck, Schornhorst, Brechen und die Berufsrettungswache von „Rhein-Elbe“ fieberhaft tätig sind, ist nicht damit zu rechnen, dass auch nur ein einziger der abgegraben Bergleute noch am Leben und zu retten ist. Der größte Teil der bisher geborgenen Toten ist auf der Flucht von den giftigen Schwaden erreicht und getötet worden. Es sind insgesamt 180 Mann Rettungsmannschaften zur Stelle. Andere stehen bereit, um die Zubrechungsarbeiten mit größter Beschleunigung frei zu machen. Die Rettungsarbeiten werden erschwert durch die teilweise noch vorhandenen giftigen Nachschwaden. Seit Mitternacht wickeln Generaldirektor Berggrat Funke, Bergwerksdirektor Knepper, Bergbauhauptmann Overthun, Bergbauhauptmann die Bergwerksassessoren Wille und Beiling von der Versuchsstation für Sprengstoffwesen an der Unfallsstelle. Bergbauhauptmann Overthun, Oberbergamt Frielingshaus und Bergbauhauptmann haben die Strecke, soweit es bisher möglich ist, bereits befahren. In den nächsten Stunden ist mit der Bergung weiterer Verunglückter nicht zu rechnen.

Sten. (Funkpruch.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet um 6 Uhr morgens zu der Schlagwetter-Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“: Die Sprengstoffe, die gegen 9 Uhr abends explodierten, und die Ferkelpöde nach Rettungsmannschaften, trugen die Kunde von dem furchtbaren Unglück in die Nachbarschaft. Die Straßen, die nach dem Unglücksort führten, waren alsbald von Krankenautos, Personen- und Lastkraftwagen überfüllt, die in rastloser Fahrt der Unfallsstelle zuweilen. Die Straßen in der Nähe des Schachtes waren von Tausenden von Angehörigen der Belegschaft umkäumt. Die Zeche „Minister Stein“ ist seit 1901 von größeren Unglücken verschont geblieben. Die Rettungsarbeiten werden schwerer unter den Gassen, die keinen Abzug haben und können nur Schritt für Schritt zur Unfallsstelle vordringen.

Dortmund. (Funkpruch.) Bei den Bergungsarbeiten auf der Zeche „Minister Stein“ wurden bis 11,30 Uhr 70 Tote geborgen.

Dortmund. (Funkpruch.) Bei den Bergungsarbeiten auf der Zeche „Minister Stein“ wurden bis 12 Uhr 84 Tote geborgen.

## Ein neuer Staatsbankswindel.

Berlin. Wie die „Post. Ztg.“ meldet, steht der Kassendirektor bei der Preussischen Staatsbank, Friedel, im dringenden Verdacht, bereits vor längerer Zeit eine große Anzahl Industriebriefe und Staatsanleihen verkauft, die Werte jedoch nicht in die Depots der Staatsbank eingeliefert, sondern für sich selbst verwandt zu haben. Friedel ist einstweilen seines Postens enthoben worden. Es ist möglich, dass noch andere Beamte der Staatsbank in die Angelegenheit verwickelt sind.

Berlin. Die Mitteilung über die Aufdeckung neuer Unregelmäßigkeiten von Kassendirektoren ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst von der Preussischen Staatsbank erfährt, im wesentlichen richtig. Im Sommer 1923 haben einige Beamte sich für besetzt gehalten, ausgelagerte oder gefälschte Wertpapiere gegen Zahlung des Einzahlungsbetrages an sich zu bringen. Dieser Vorgang ist vor kurzem der Leitung der Staatsbank bekannt geworden. Die sofort eingeleitete Untersuchung ist in vollem Gange und wird mit aller Eile durchgeführt werden. Die Wertpapiere sind bis auf einen geringen Teil der Staatsbank bereits zurückgeliefert worden.

## Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Paris. Zwischen den Mitgliedern der deutschen und der französischen Wirtschaftsdelegation haben gestern nachmittags private Besprechungen stattgefunden, an denen weder Trendelenburg noch Neumann teilnahmen. Die Besprechungen haben gezeigt, dass die Schwierigkeiten noch sehr groß sind und auch auf deutscher Seite gelangt man zu der Erkenntnis, dass sich die Aussichten auf eine Verständigung verringert haben. Dennoch werden die Verhandlungen vorläufig fortgesetzt. In Kreisen der deutschen Wirtschaftsdelegation wurde gestern abend erklärt, dass von einer Abreise Trendelenburgs entgegen der Meinung eines Mittagsblattes, noch nicht die Rede sein könne.

## Zuchthausstrafe für Mitglieder der Hölzgarde.

In dem Prozeß gegen die Miskämper Götts, die eine Reihe von Raubüberfällen verübt haben, wurde der Angeklagte Bergmann zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und der Angeklagte Götts zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte Götts wurde freigesprochen.

## Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit einem kommunistischen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung von 200 bzw. 100 Mt. an die Arbeitslosen und Aufhebung der Karenzzeit, auf dessen Behandlung die Kommunisten bestanden, obwohl er im Haushaltsausschuss bereits abgelehnt worden war. Der Sozialpolitische Ausschuss war gleichfalls für die Ablehnung.

Grundsätzlich angenommen wurde der Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Er sieht vor, dass die Höchstgrenze für die Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung von drei auf zwei Prozent herabgesetzt wird. Die Regierung wurde ersucht, etwaige bei der Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete entstehenden Härten auszugleichen.

Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Beitragspflicht auf die bisher beitragsfreien landwirtschaftlichen Arbeiter, Hausgehilfen und ländlichen Gefinde ausgedehnt werden sollte. Von deutschnationaler Seite war darauf hingewiesen worden, dass auch nach der bisherigen Regelung die Unterstützung erwerbsloser landwirtschaftlicher Arbeiter gesichert sei, dass aber die beantragte Uebernahme der Eisenart der Landwirtschaft nicht Wahrung trage. Abgelehnt wurde eine Entschließung der Demokraten, die eine gleiche Regelung für das künftige Gesetz schon jetzt festzulegen suchte.